

Arbeiterwohlfahrt Bundeskonferenz 2021
18.-19. Juni

Antrags-Nr.: 1.0

Thema: Die Zukunft sozial-gerecht gestalten

Antragsteller: Präsidium des Bundesverbandes

1 Die Bundeskonferenz möge beschließen:

2
3 Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig ein starker und funktionsfähiger Sozialstaat ist, um Schaden, Leid und soziale Not von den Menschen und unserer Gesellschaft abzuwenden. Der gemeinsame Kampf gegen die Corona-Pandemie hat die Solidarität unter den Menschen gestärkt und eine große Innovationskraft entfaltet. Binnen kürzester Zeit wurden Impfstoffe entwickelt, der Zugang zu Sozialleistungen erleichtert und Finanzmittel in Milliardenhöhe mobilisiert. Gleichzeitig verlangt die Corona-Pandemie allen Menschen viel ab und legt die Defizite unseres Sozialstaats offen. Menschen in systemrelevanten Berufen, wie z. B. den Gesundheits- und Pflegeberufen, sind erheblichen Arbeitsbelastungen ausgesetzt. Die Lebenslagen vieler Menschen haben sich – trotz der vielfältigen Hilfen – zum Teil dramatisch verschlechtert. Die Ungleichheit und Unzufriedenheit in unserer Gesellschaft ist an vielen Stellen gewachsen.

15
16 Die Impfstoffe nähren die Hoffnung, dass die Corona-Pandemie in diesem Jahr unter Kontrolle gebracht werden kann. An den wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie werden wir dagegen noch lange zu arbeiten haben. Deshalb fordert die AWO eine Krisen- und Wiederaufbaustrategie, die grundrechtliche Einschränkungen, wo immer möglich und vertretbar, zurücknimmt, den Weg staatlicher Investitionen fortführt und Leistungskürzungen auch weiterhin eine klare Absage erteilt. Die Lasten der Corona-Pandemie dürfen nicht auf die ohnehin schon belasteten Menschen abgewälzt werden, sondern müssen von denjenigen geschultert werden, die sich einen Solidarbeitrag leisten können. Lastenverteilung in einer Gesellschaft ist eine Gerechtigkeitsfrage. Für uns heißt das:

- 26
27
- 28 • Die vielfältigen und qualitativ hochwertigen Angebote der Freien Wohlfahrtspflege sind unverzichtbarer Bestandteil der Daseinsvorsorge in Deutschland. Die Verbände müssen auch künftig in die Lage versetzt werden, die Folgen der Krise für die Menschen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu begrenzen. Die Freie Wohlfahrtspflege ist systemrelevant! Sozialer Fortschritt ist nicht ein Wert neben anderen, sondern Ziel staatlichen Handelns. Erinnerung sei an Art. 3 Abs. 3 des Vertrages der Europäischen Union („Die Union wirkt auf die nachhaltige Entwicklung Europas auf der Grundlage eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums und von Preisstabilität, eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt ... hin“)
 - 38
 - 39 • Die sozialen Sicherungssysteme haben viele Soloselbstständige, Minijobber, Teilzeitbeschäftigte, Hartz-IV-Berechtigte, Auszubildende, Studierende und Alleinerziehende nur unzureichend schützen können. Die mehrfach befristeten
- 40
41

Arbeiterwohlfahrt Bundeskonferenz 2021

18.-19. Juni

- 42 Verfahrenserleichterungen beim Zugang und Bezug von existenzsichernden
43 Leistungen müssen in eine grundlegende Reform des Hartz IV-Systems mün-
44 den, das tatsächlich jedem*r Einzelnen ein menschenwürdiges Existenzmini-
45 mum garantiert. Gleichzeitig müssen Angebote der aktiven Arbeitsmarktpolitik,
46 die Menschen in Beschäftigung bringen, in vollem Umfang erhalten und weiter
47 ausgebaut werden.
48
- 49 • Die Krise hat an vielen Stellen gezeigt, was geht und was nicht hingenommen
50 werden kann. Hieraus müssen Lehren für die Zukunft gezogen werden! Insbe-
51 sondere gilt es, die Arbeitsbedingungen der „Held*innen der Krise“ deutlich zu
52 verbessern (z. B. derjenigen, die im Care-Bereich tätig sind, aber auch Be-
53 schäftigte des Lebensmittelhandels) und die neuen Arbeitsmodelle (z. B. mo-
54obiles Arbeiten, hybride Formen der Kommunikation) in zukunftsfähige Konzep-
55 te zu überführen, welche das soziale Miteinander auch am Arbeitsplatz nicht
56 vernachlässigen.
57
 - 58 • Schwierigkeiten in der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf haben sich
59 in der Corona-Pandemie deutlich verschärft. Dies verdeutlicht nachdrücklich
60 das Erfordernis, das Verhältnis von Erwerbsarbeit und privater Sorgearbeit
61 neu zu regulieren. Darüber hinaus sind ganz grundsätzlich verstärkte Investiti-
62 onen und Anstrengungen in den Ausbau der Kindertagesbetreuung notwen-
63 dig, auch um das Recht und die Möglichkeit von Kindern und Jugendlichen auf
64 Bildung, Teilhabe und Mitbestimmung zu stärken. Kinderrechte sind ins
65 Grundgesetz aufzunehmen.
66
 - 67 • Starke Beteiligungsrechte sind unabdingbar, auch in Krisenzeiten, um Ängste
68 und Unsicherheiten in der Bevölkerung aufzufangen und das Vertrauen in poli-
69 tische Entscheidungsträger*innen zu stärken.
70
 - 71 • Niedrigschwellige Informations-, Beratungs-und Unterstützungsangebote sind
72 für junge Menschen auszubauen zum langfristigen Ausgleich beim Nachholen
73 von Qualifikationen, Auslandserfahrungen etc., aber auch in finanzieller Form.
74
 - 75 • Gewaltschutzeinrichtungen müssen ohne Einschränkung als systemrelevant
76 eingestuft und stets bei allen pandemiebedingten Maßnahmen so berücksich-
77 tigt werden (Schutzmaßnahmen, Kinderbetreuung eigener Kinder, bevorzugte
78 Impfung, Testung u.v.m.), dass sie ihren Auftrag (niedrigschwelliger Zugang
79 zu Schutz, Hilfe und Beratung im Falle häuslicher Gewalt) in jedem Fall aus-
80 führen können.
81
 - 82 • Im Nachgang darf es in der folgenden Förderperiode keine finanziellen Einbu-
83 ßen für diese Einrichtungen/Strukturen geben (beispielsweise aufgrund gerin-
84 gerer Belegungszahlen durch Quarantänesituationen, verordnete Aufnahme-
85 stopps usw.). Hier sind der Bund und die Länder gefragt – die Kommunen dür-
86 fen finanziell nicht alleine gelassen werden.
87
 - 88 • Die Angebote der offenen Jugendarbeit sind hier eine wichtige niedrigschwel-
89 lige Ressource, bieten sichere Räume, Halt und Orientierung. Diese gegen-
90 wärtig in § 1 Abs. 3 Nr. 1 SGB VIII formulierte Aufgabe der Jugendhilfe muss
91 sichergestellt werden, um insbesondere als individuelles Leistungsangebot

Arbeiterwohlfahrt Bundeskonferenz 2021

18.-19. Juni

92 Schutz, Hilfe und Unterstützung verlässlich zur Verfügung stellen zu können.
93 Dazu gehört auch, die teilweise prekären Arbeitsbedingungen in der Erzie-
94 hungshilfe zu verbessern.

95
96 • Die sozialen Folgen der Corona-Pandemie haben einmal mehr gezeigt, dass
97 eine verstärkte Koordinierung auf EU-Ebene in Fragen der Sozialpolitik not-
98 wendig ist. Es braucht EU-weite verbindliche soziale Mindeststandards, wel-
99 che die Ungleichheit und Armut reduzieren und die wirtschaftliche Entwicklung
100 vorantreiben.

101 Wir fordern die Politik auf, eine gesamtgesellschaftliche Nach-Corona-Analyse
102 durchzuführen, die alle sozialpolitischen Bereiche umfasst. An dieser wird sich
103 die AWO beteiligen.

104
105

Arbeitsbedingungen für systemrelevante Berufe im sozialen Sektor verbessern

106
107 Die Corona-Pandemie hat die Relevanz sowohl der sozialen, betreuenden, haus-
108 haltsnahen Dienstleistungen und der Gesundheitsberufe nachdrücklich deutlich ge-
109 macht. Pflege, Betreuung und familien- und haushaltsnahe Dienstleistungen bilden,
110 insbesondere in Krisenzeiten, ein Rückgrat der Gesellschaft. Sie halten die Gesell-
111 schaft, das tägliche Leben aufrecht und sind Voraussetzung für die Wirtschaft.
112 Gleichzeitig bilden sie krisenfeste Beschäftigungsaussichten und eine von externen
113 Konjunkturschwankungen wenig anfällige Basis von Steuereinnahmen.

114
115 Ohne die Versorgung mit Lebensmitteln und Waren des täglichen Bedarfs, ohne die
116 Betreuung von Kindern und pflegebedürftigen Familienmitgliedern einschließlich ent-
117 sprechender professioneller Unterstützungsstrukturen, wäre die Versorgung der Be-
118 völkerung nicht gesichert und würde in anderen Wirtschaftsbereichen durch Arbeits-
119 ausfälle u. ä. zu Einbrüchen führen.

120
121 All diese in der Corona-Pandemie systemrelevanten Berufe und Tätigkeiten der Pfl-
122 ge, Betreuung sowie anderer familien- und haushaltsnaher Felder zeichnen sich
123 durch einen hohen Anteil von Frauen aus sowie teilweise erschwerter Arbeitsbedin-
124 gungen und vergleichsweise geringer Bezahlung. Die in der Krise gestiegene Er-
125 kenntnis der Relevanz dieser Berufe hat leider nur kurzfristig zu gesteigener Aner-
126 kennung und Bewusstmachung der Relevanz der Berufe geführt. Daraus müssen
127 nun Konsequenzen gezogen werden - Die Arbeit in der Pflege ist nicht weniger wert
128 als die Arbeit in anderen Berufen!

129
130 Die AWO fordert daher, soziale, pflegerische und betreuende Berufe gesellschaftlich
131 aufzuwerten und stärker anzuerkennen. Neben einer besseren Personalausstattung
132 ist eine angemessene Bezahlung ein wichtiger Hebel. Um das zu erreichen, bedarf
133 es Anreize zu einer höheren Tarifbindung sowie zur Mindestabsicherung allgemein-
134 verbindliche bzw. erstreckte Tarifverträge mit einer Orientierung an den öffentlichen
135 Dienst. Neben der finanziellen Komponente müssen aber auch die Rahmenbedin-
136 gungen und die Personalausstattung deutlich verbessert werden. Das ist nicht nur
137 eine Frage der Wertschätzung, sondern ist auch ein Mittel gegen den Fachkräfte-
138 mangel. Die Kosten für Lohnsteigerungen und bessere Arbeitsbedingungen müssen
139 durch die jeweiligen Kostenträger refinanziert werden - nicht auf Kosten der Schwa-
140 chen und Hilfsbedürftigen! Eine Investition in Fachkräfte ist eine Investition in die Zu-
141

142 kunftsfähigkeit des Sozialstaats. Neben der Verbesserung der Rahmenbedingungen,
143 ist das Ungleichgewicht zwischen Männern und Frauen in der Pflege in den Blick zu
144 nehmen. Deswegen braucht es eine Nachwuchsförderung, die insbesondere Männer
145 dazu motiviert, im sozialen Sektor tätig zu werden. Maßnahmen, die den Querein-
146 stieg erleichtern, können ebenfalls dazu beitragen, den Beruf attraktiver zu machen
147 und Arbeitskräfte zu gewinnen. Die AWO verpflichtet sich, dieses Ziel in ihren Ein-
148 richtungen und Diensten noch stärker zu verfolgen, darüber hinaus entwickelt sie
149 innovative Ansätze um Menschen in berufsbegleitenden Qualifizierungsprozessen in
150 soziale und pflegerische Berufe zu führen. Erforderlich ist eine hohe Durchlässigkeit
151 von niedriger qualifizierten in höher qualifizierte Berufsfelder. Die AWO begleitet die
152 Menschen mit ihrer zur Verfügung stehenden Infrastruktur.

153

154

155 **Für einen sozialen und inklusiven Arbeitsmarkt**

156

157 Die AWO kämpft als gemeinnütziger Wohlfahrtsverband, als Trägerin von sozialen
158 Diensten und Einrichtungen, als Bildungsträgerin sowie als Arbeitgeberin für einen
159 sozialen und inklusiven Arbeitsmarkt, bei dem die Nutzer*innen im Mittelpunkt stehen
160 und die Mitarbeiter*innen gute Rahmenbedingungen vorfinden.

161

162 Die AWO begreift das Recht auf Arbeit für Alle als Menschenrecht und setzt sich so-
163 wohl politisch als auch in ihren eigenen Diensten und Einrichtungen konsequent für
164 die Beseitigung sämtlicher struktureller Barrieren ein. Teilhabe am Arbeitsleben be-
165 deutet weit mehr als einer regelmäßigen Beschäftigung nachzugehen und die Siche-
166 rung des Lebensunterhalts. Sie ist die Voraussetzung für soziale und gesellschaftli-
167 che Teilhabe. Viele Menschen identifizieren sich in hohem Maße über ihre Arbeit,
168 ziehen aus ihr Sinn, pflegen Kontakte zu anderen Menschen, erfahren Wertschät-
169 zung, soziale Anerkennung, Selbstwirksamkeit und fühlen sich als Teil eines Teams
170 oder Unternehmens, mit dem sie sich identifizieren können.

171

172 Die positiven Arbeitsmarktzahlen der letzten Jahre hatten nicht die erhofften Effekte
173 auf die Situation benachteiligter Zielgruppen am Arbeitsmarkt. Die Folgen der
174 Corona-Pandemie verschärfen die Lage noch einmal zusätzlich. Insbesondere
175 schwerbehinderte, langzeitarbeitslose und zugewanderte Menschen haben häufig
176 erhebliche Schwierigkeiten und wenig Chancen, aus eigener Kraft ihre Situation zu
177 verbessern. Sie brauchen professionelle und manchmal auch langfristige Unterstüt-
178 zung auf ihrem Weg (zurück) zur sozialen Teilhabe und in das Arbeitsleben. Dies gilt
179 gleichsam für junge Menschen am Übergang von der Schule in den Beruf, die durch
180 die aktuelle Situation in besonderer Weise getroffen werden. Die AWO-
181 Anbieter*innen von Werkstätten für Menschen mit Behinderungen, Bildungs- und
182 Arbeitsmarktdienstleistungen sind mehr denn je gefragt, den Betroffenen mit ihrer
183 Expertise durch Begleitung, Qualifizierung, Beschäftigung und Unterstützung beizu-
184 stehen.

185

186 Die AWO fordert Bedingungen, die sicherstellen, dass die geleisteten Hilfen ankomen!
187 Die Unterstützung muss an den individuellen Bedarfen der Nutzer*innen ausge-
188 richtet sein. Es muss seitens der Fördergeber möglich sein, dass Unterstützung bei
189 Bedarf auch langfristig, rechtskreis- und maßnahmenübergreifend unter der Wahrung
190 von Kontinuität bei Ansprechpartner*innen möglich ist. Vertrauen in die Unterstüt-
191 zung wächst manchmal langsam, Erfolge zeigen sich oft erst nach Jahren. Hierbei

Arbeiterwohlfahrt Bundeskonferenz 2021

18.-19. Juni

192 muss das Fördern vor dem Fordern stehen. Die AWO setzt sich ein für ein Zurück zu
193 den Prinzipien der Sozialen Arbeit, bei denen der Kontakt und die Beziehung im Mit-
194 telpunkt stehen. Sanktionen sind kontraproduktiv!

195
196 Die AWO fordert, dass Arbeitgeber*innen, Bildungs- und Arbeitsmarktträger*innen
197 Rahmenbedingungen vorfinden, die es ihnen ermöglichen, ihren Auftrag dauerhaft
198 fach- und sachgerecht zu erfüllen. Dies setzt neben einer ausreichenden Finanzia-
199 rung aller tatsächlich anfallenden Kosten auch die Möglichkeit nachhaltiger Investiti-
200 onen (Stichwort Digitalisierung) und die dauerhafte Beschäftigung und Fortbildung
201 hochqualifizierter und motivierter Fachkräfte voraus. Die derzeit häufig übliche Pra-
202 xis der Vergabe und das kompliziert verfasste Vergaberecht erschweren die Pla-
203 nungssicherheit für Träger und damit die Bindung von erfahrenem Personal, die Wei-
204 terentwicklung von Trägern und Finanzierung von qualitativ hochwertiger Arbeit.

205
206

207 **Armut überwinden und soziale Ausgrenzung verhindern**

208

209 Über 15 Millionen Menschen sind in Deutschland von Armut und sozialer Ausgren-
210 zung bedroht oder betroffen - das kann nicht hingenommen werden! Die AWO fordert
211 einen Sozialstaat, der Armut überwindet, die Konzentration von Reichtum begrenzt,
212 alten sowie neuen sozialen Risiken und Spaltungslinien entgegenwirkt und die
213 Chancengleichheit der Lebensführung voranbringt.

214 Besonderen Reformbedarf sehen wir beim Thema Kinder- und Jugendarmut: Die
215 Arbeiterwohlfahrt fordert die Politik dazu auf, gegen Kinder- und Jugendarmut aktiv
216 zu werden! Dazu gehört

217

218 • ein Bundesgesetz zur Einführung einer einkommensabhängigen Kindergrund-
219 sicherung,

220

221 • der Ausbau einer qualitativ hochwertigen Bildungs- und Betreuungsinfrastruk-
222 tur, einschließlich digitaler Ausstattung und Zugänge sowie

223

224 • eine wirksame Förderung und Stärkung von Familien in ihrer Vielfalt.

225

226 Es reicht nicht mehr aus, an kleinen Stellschrauben zu drehen. Die AWO fordert
227 stattdessen, die gegenwärtige Familienförderung vom Kopf auf die Füße zu stellen.

228

229 Für Kinder, Jugendliche und Erwachsene gilt dabei gleichermaßen: Eine menschen-
230 würdige Existenzsicherung muss für alle Menschen bedarfs- und realitätsgerecht
231 gewährleistet werden. Das umfasst auch eine umfangreiche Teilhabe an der Gesell-
232 schaft. Wir wollen insbesondere die Grundsicherung weiterentwickeln und weg von
233 der derzeitigen Sanktionspraxis, hin zu einem Hilfesystem auf der Grundlage von
234 Wertschätzung und Vertrauen.

235

236 Auch die Armut im Alter muss zielgerichtet bekämpft werden. Hierzu müssen die Lü-
237 cken im Erwerbsleben verhindert, die Rentenleistungen weiter verbessert und die
238 Grundrente ausgebaut werden.

239

240 Armut übersetzt sich zunehmend auch in andere Lebenslagen. Deswegen fordern
241 wir:

Arbeiterwohlfahrt Bundeskonferenz 2021

18.-19. Juni

- 242 • Bezahlbaren Wohnraum verlässlich sicherzustellen und zu schützen sowie ei-
243 nen massiven Ausbau altengerechter bzw. barrierefreier Wohnungen. Woh-
244 nen ist eine zentrale soziale Frage und bedarf eines starken politischen Enga-
245 gements.
- 246
- 247 • Eine präventive und solidarische Gesundheitspolitik und Gesundheitsbildung,
248 welche die armutspolitische Perspektive systematisch integriert, weil Armut
249 krank macht und Krank sein arm macht.
- 250
- 251 • Arbeit muss vor Armut schützen! Wir fordern prekäre Beschäftigung zu be-
252 kämpfen und die Tarifbindung zu stärken.
- 253

254 Ökonomische Ungleichheiten dürfen nicht weiter aus dem Ruder laufen, sondern
255 müssen durch ein wirksames Steuer- und Transfersystem reguliert werden. Der So-
256 zialstaat muss für die Herausforderungen der Zukunft so ausgestattet werden, dass
257 er weiterhin maßgeblich zum sozialen Zusammenhalt beitragen kann. Armut heute
258 führt unweigerlich zu Altersarmut morgen mit vielfältigen negativen Folgen für die
259 gesamte Gesellschaft. Dies gilt es zu verhindern.

260
261

262 **Recht auf Bildung für alle!**

263

264 Gute Bildung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie soll die Persönlichkeit
265 entwickeln, Menschen gut für den Arbeitsmarkt ausbilden sowie Frieden und Demo-
266 kratie sichern. Unsere Gesellschaft verändert sich, Lebenswege werden individueller
267 und die ganze Welt immer vernetzter. Wie können wir unser Bildungssystem darauf
268 gut einstellen? Welche Maßnahmen sind erforderlich, um Zugänge zu erleichtern und
269 Bildungswege zukunftsfähig zu gestalten?

270

271 Gute Antworten auf diese Fragen sind entscheidend – denn die Bildungschancen in
272 Deutschland sind höchst ungleich verteilt, sie greifen die vorhandenen Potenziale
273 des Einzelnen oft nur unzureichend auf und blockieren Chancen. Bildungschancen
274 für alle müssen unabhängig von der sozialen Herkunft ermöglicht werden!

275

276 Die Corona-Pandemie hat die strukturellen Defizite der Bildungseinrichtungen und
277 ihrer Akteure wie in einem Brennglas sichtbar werden lassen: Kleine Kinder sind mo-
278 natelang von ihren frühkindlichen Bildungs- und Betreuungsangeboten ausgeschlos-
279 sen, digitale Lösungen für das Lernen und den Unterricht zu Hause sind nicht ausge-
280 reift, Homeschooling beeinträchtigt insbesondere benachteiligte Kinder und gefährdet
281 ihren Anschluss an Schule und soziales Leben, viele Eltern sind mit den neuen Lern-
282 und Betreuungsaufgaben zu Hause überfordert. Dem gilt es, entgegen zu wirken. Für
283 die AWO ist Bildung mehr als nur Berufsvorbereitung. Bildung muss gerade Kindern
284 und Jugendlichen die Möglichkeit geben, ihre eigene Persönlichkeit auszubilden und
285 zu entfalten.

286

287 Die Arbeiterwohlfahrt ist eine starke Bildungspartnerin mit eigenen Werten, mit Ein-
288 richtungen und Erfahrungen im Umgang mit der Corona-Pandemie. Mit ihren vielfäl-
289 tigen Angeboten für Kinder, Jugendliche und Familien und einem ganzheitlichen Bil-
290 dungsverständnis setzt sie professionelle und passende Bildungsangebote um. Die-
291 se dienen der Vermittlung sozialer, demokratischer, ökologischer und diversitätsori-

Arbeiterwohlfahrt Bundeskonferenz 2021

18.-19. Juni

292 entierter Kompetenzen. Durch sie erwerben Kinder und Jugendliche Gestaltungs-
293 kompetenzen hinsichtlich eines integrierten und ganzheitlichen Handelns, welches
294 auf Nachhaltigkeit ausgerichtet ist.

295
296 In Krisenzeiten, in denen wesentliche Bedürfnisse und Grundrechte eingeschränkt
297 sind, sichert die AWO die Mitgestaltung des eigenen Alltags durch Einbezug der Be-
298 troffenen. Auch im Bereich der digitalen Medien leistet die AWO Unterstützung, um
299 jungen Menschen ein möglichst selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

300
301 Die Familie ist Lebens- und Lernort für Kinder. Auch non-formale Bildungsorte brau-
302 chen Anerkennung und Förderung! Die AWO unterstützt das mit Nachdruck. Genau
303 wie die stadtteilbezogene Arbeit geht es um die Stärkung von Gemeinschaften und
304 Sozialräumen, in denen die Träger und Einrichtungen der AWO einen wichtigen, wer-
305 teorientierten Beitrag leisten.

306
307 Damit dies gelingen kann, braucht die AWO motivierte und kompetente Fach- und
308 Führungskräfte, die maßgeblich dafür verantwortlich sind, die Bedarfslagen ihrer
309 Zielgruppen zu erkennen und professionell darauf zu reagieren. Um die hohe Quali-
310 tät in der Sozialen Arbeit zu sichern und zu verbessern, sind regelmäßige Qualifizie-
311 rungen ein Grundpfeiler, um die fachliche Arbeit weiterzuentwickeln und die Zusam-
312 menarbeit zu optimieren. Aus diesem Wissen heraus unterstützt die AWO berufsbe-
313 gleitende Fort- und Weiterbildung und bezieht diese in ihre Strategien zur Personal-
314 entwicklung mit ein. Die AWO unterstützt eine Lernkultur, die non-formale und infor-
315 melle Lernprozesse einbezieht. Die AWO fördert die unterschiedlichen Formen der
316 Fort- und Weiterbildung ihrer Fachkräfte durch die Bereitstellung von zeitlichen und
317 finanziellen Ressourcen.

318
319 Aus diesen Erfahrungen fordert die AWO die Bundesregierung auf, sich für Quali-
320 tätsstandards und eine bessere Finanzierung der formalen und non-formalen Bil-
321 dungsorte für Kinder und Jugendliche einzusetzen - etwa durch Stärkung der digita-
322 len Bildung in Schule und Jugendhilfeeinrichtungen, durch Qualitätsverbesserungen
323 im frühkindlichen Bereich und durch einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung.
324 Die Qualifizierung der Fachkräfte ist dabei an vorderster Stelle zu berücksichtigen.
325 Nur mit gut aus- und weitergebildetem Personal können die hohen Anforderungen
326 umgesetzt werden.

327
328 Die Politik muss dafür sorgen, dass allen Kindern und Jugendlichen ein gleichbe-
329 rechtigter Zugang zu digitalen Endgeräten und dem Internet zur Verfügung steht.
330 Hierzu ist der Digitalpakt Schule zu beschleunigen, das Bildungs- und Teilhabepaket
331 besser auszustatten und weitere familienentlastende monetäre Leistungen zu ge-
332 währen.

333
334 Zudem ist der Ausbau und die Finanzierung bedarfsgerechter sozialer Infrastrukturen
335 zu unterstützen, insbesondere niedrigschwellige Angebote der Information, Beratung
336 und Unterstützung. Diese sollen krisenbedingte Unterrichts- und Bildungsbenachtei-
337 ligungen ausgleichen und Ratsuchende schneller erreichen.

338
339
340
341

342 **Den digitalen Wandel sozial und inklusiv gestalten**

343

344 Die Digitalisierung aller Lebensbereiche ist in vollem Gange. Sie ist seit langem kein
345 Nischenthema mehr, sondern zieht sich durch alle Lebens- und Arbeitsbereiche, bei
346 der AWO und anderswo. Alle Einrichtungen und Gliederungen der AWO stehen hier
347 vor Herausforderungen, aber auch vor großen Chancen. Ob Unterstützung in der
348 Pflege, Vergabe von Kita-Plätzen, Beratungsangebote oder im bürgerschaftlichen
349 Engagement – überall wird die Digitalisierung Veränderungen mit sich bringen.

350

351 Um als Mitgliederverband attraktiv zu bleiben, muss die AWO die Möglichkeiten der
352 Digitalisierung nutzen. Sie muss auf der Höhe der Zeit mit den Mitgliedern kommuni-
353 zieren, interagieren und zeitgemäße Formen der Beteiligung schaffen. Nur ein Ver-
354 band, der sich dieser Herausforderung annimmt, wird auch in Zukunft schlagkräftig
355 und sichtbar sein.

356

357 Auch das Ehrenamt befindet sich in einer Transformation. Die AWO wirkt darauf hin,
358 die Digitalisierung zu nutzen, um das Ehrenamt zu stärken. Durch den Einsatz digita-
359 ler Technologien können wir Ressourcen schonen und neue Zielgruppen erschlie-
360 ßen. Es eröffnen sich neue Felder des Engagements, die der AWO die Chance ge-
361 ben, ihre Werte auch online zu verwirklichen. Die AWO setzt sich deshalb dafür ein,
362 neben den vorhandenen Engagementformen auch digitales Engagement (bspw. vir-
363 tuelle Patenschaften) stärker anzuerkennen und für die AWO zu nutzen. Der Vorteil
364 eines digital gestützten Engagements liegt darin, dass es zeit- und ortsunabhängiger
365 ausgeführt werden kann. Die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Engagement wird
366 somit erleichtert.

367

368 Wie der Mitgliederverband, verändern sich auch die Dienstleistungen der Wohl-
369 fahrtspflege. Diese können vermehrt auch digital erbracht werden (bspw. Online-
370 Beratung) oder beinhalten digitale Aspekte. Sowohl die Qualität, als auch die aus-
371 kömmliche Refinanzierung dieser Angebote muss sichergestellt werden. Die ganze
372 Gesellschaft ist durch die Digitalisierung im Umbruch. Jede digitalpolitische Ent-
373 scheidung hat mittelbare oder unmittelbare Auswirkungen auf viele unterschiedliche
374 Lebensbereiche. Für die gesellschaftliche Teilhabe wird die digitale Teilhabe zuneh-
375 mend entscheidend. Ohne Zugang zu digitaler Infrastruktur und ohne entsprechende
376 Medienkompetenz besteht die große Gefahr, dass Teile der Bevölkerung abgehängt
377 und ihrer Teilhabemöglichkeiten beraubt werden. Auch ein geringes Einkommen o-
378 der ein höheres Alter darf nicht dazu führen, dass Menschen von der Gesellschaft
379 zunehmend abgekoppelt werden. Um eine sozial gerechte und inkludierende digitale
380 Transformation zu erreichen und bestehende Ungleichheiten zwischen den Ge-
381 schlechtern nicht noch zu vergrößern, müssen Digitalisierungsprozesse inverband-
382 lich und gesellschaftlich gendersensibel konzipiert, begleitet und umgesetzt werden.
383 Zugänge, Ausstattung und Kompetenzen müssen geschlechtergerecht verteilt wer-
384 den.

385

386 Eine digitale Spaltung führt zwangsläufig zu einer gesellschaftlichen Spaltung. Teil-
387 habe darf kein Privileg sein. Deswegen setzt sich die AWO dafür ein, digitale Teilha-
388 berechte auch gesetzlich zu verankern. Digitale Bedarfe sollen stärker in der Sozial-
389 gesetzgebung berücksichtigt werden, um auch Bezieher*innen von Transferleistun-
390 gen Digitale Teilhabe und Bildung zu ermöglichen. Digitale geschlechtsspezifische

Arbeiterwohlfahrt Bundeskonferenz 2021 18.-19. Juni

391 Gewalt – besonders auch gegen Frauen, die öffentlich sichtbare Positionen beklei-
392 den, muss entschlossen bekämpft werden.

393

394 Der AWO Bundesverband soll sich auch weiterhin aktiv in die laufenden digitalpoliti-
395 sche Debatten auf Bundesebene einmischen, relevante Gesetzgebungsverfahren
396 identifizieren und begleiten und zu einer starken Stimme für die digitale Teilhabe aller
397 werden. Dazu gehören neben Fragen der Infrastruktur insbesondere Fragen zur Bar-
398 rierfreiheit und zur digitalen Bildung – unabhängig vom sozialen Status.

399

400 Die für den digitalen Wandel notwendigen Bildungsangebote für das Ehrenamt und
401 das Hauptamt bietet die AWO in ihren Aus-, Fort- und Weiterbildungsinstitutionen
402 nah am Bedarf der unterschiedlichen Zielgruppen an und setzt diese niedrigschwellig
403 um.

404

405 Auch die Themenbereiche Datensouveränität und Datenschutz sind hier aus einer
406 gesellschaftlichen Perspektive zu betrachten. Digitale Souveränität aller, ob arm oder
407 reich, jung oder alt ist ein Ziel, an dem die AWO arbeitet.

408

409 Digitalpolitik soll ein Arbeitsschwerpunkt des Bundesvorstands und der Bundesge-
410 schäftsstelle sein. Darüber hinaus unterstützt der Bundesverband durch Projekte,
411 Initiativen und fachliche Vernetzung die AWO-Gliederungen auf dem Weg der digita-
412 len Transformation. Die einzelnen Gliederungen werden ermutigt, sich vor Ort und
413 auf Landesebene in digitalpolitische Diskussionen und Gesetzgebungsverfahren ein-
414 zubringen. Der Bundesverband wird diese Bemühungen unterstützen.

415

416

417 **Für eine offene und demokratische Gesellschaft**

418

419 Die AWO wirkt darauf hin, dass die Stärkung der Demokratie und die Arbeit gegen
420 alle Formen von Diskriminierung eine Querschnittsaufgabe wird. Dies gilt nicht nur
421 für das Wirken in die gesamte Gesellschaft, sondern auch innerhalb des Verbands.
422 Um Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der AWO ent-
423 gegenzuwirken, ist der Auf- und Ausbau von Handlungskompetenzen und Strukturen
424 in allen Handlungsfeldern notwendig. Grundlegend dafür ist die Sensibilisierung für
425 die verschiedenen Formen von Diskriminierung und gruppenbezogener Menschen-
426 feindlichkeit und die Qualifizierung im Umgang in allen Arbeitsbereichen der AWO.
427 Um in den unterschiedlichen Arbeitsfeldern der AWO bei diskriminierendem Verhal-
428 ten oder Vorfällen adäquat zu reagieren, braucht es Klarheit über das Vorgehen bei
429 solchen Fällen sowie Ansprechpersonen, die innerhalb des Handlungsfeldes dazu
430 befugt sind, den Vorfall zu bearbeiten.

431

432 Die AWO ist hier nicht untätig: Im Rahmen des Bundesprogramms „Zusammenhalt
433 durch Teilhabe“ des BMI werden - z.T. seit bereits 10 Jahren - Projekte in der AWO
434 gefördert, die demokratische Praxis in ihren Verbandsstrukturen stärken und Extre-
435 mismusprävention leisten. In den Projekten wird die innerverbandliche Qualifizierung
436 im Umgang mit Diskriminierung angestrebt und umgesetzt. Seit April 2020 begleitet
437 der Bundesverband als koordinierender Träger die geförderten AWO Projekte der
438 Landes- und Bezirksverbände. Ziel ist es, den Wissenstransfer der Projekte und in
439 den gesamten Verband zu ermöglichen unter anderem mithilfe gezielter Öffentlich-
440 keitsarbeit und durch die Verbreitung von Praxiserfahrungen und -wissen. Damit soll

Arbeiterwohlfahrt Bundeskonferenz 2021 18.-19. Juni

441 auch die Aufmerksamkeit und der Rückhalt durch Führungskräfte in den Verbands-
442 strukturen für die entstandenen Strukturen der Demokratiestärkung bundesweit ge-
443 fördert werden.

444
445 Der Bundesverband soll dafür Sorge tragen, dass die politisch-gesellschaftliche Bil-
446 dung noch stärker als bisher selbstverständlicher Teil der Sozialen Arbeit wird. So-
447 ziale Fachkräfte vermitteln dabei in ihrer Tätigkeit die Grundwerte einer demokrati-
448 schen Gesellschaft und befähigen Menschen zur Teilhabe. Sie fördern eine diskrimi-
449 nierungskritische Haltung und das Einstehen gegen Menschenfeindlichkeit. Um diese
450 Arbeit weiter zu stärken, setzt sich die AWO auch dafür ein, dass das seit 2018 an
451 allgemeinbildenden und beruflichen Schulen erfolgreich umgesetzte Programm
452 „Respekt Coaches“ der Jugendmigrationsdienste eine langfristige Perspektive erhält.
453 Darüber hinaus fordert die AWO ein Demokratiefördergesetz des Bundes, um Maß-
454 nahmen der Demokratieförderung, der Extremismusprävention und der Arbeit gegen
455 gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit auf eine stabile Grundlage zu stellen. Die
456 AWO wird sich weiterhin bundesweit gegen Rassismus, Diskriminierung, Hetze,
457 Ausgrenzung und rechte Gewalt einsetzen und vernetzen. Die langjährig erfolgreich
458 laufende Kampagne „AWO gegen Rassismus AWO für Vielfalt“ wird die im Themen-
459 feld erarbeiteten Publikationen sowie Bildungsformate in die Breite tragen.

460
461

Teilhabe und Schutz von geflüchteten Menschen gewährleisten

462
463 Die AWO tritt für eine solidarische, nationale und europäische Flüchtlingspolitik ein,
464 die jedem einzelnen geflüchteten Menschen gerecht wird. Für die AWO ist Inklusion
465 ein Leitprinzip, um die gleichberechtigte Teilhabe aller an der Gesellschaft zu ver-
466 wirklichen. Wir treten dafür ein, allen Menschen einen gleichberechtigten Zugang zu
467 ökonomischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Ressourcen der Gesellschaft
468 zu eröffnen.

469
470 Die AWO wirkt darauf hin, dass die soziale und gesundheitliche Teilhabe von Ge-
471 flüchteten verwirklicht wird. Gesundheitliche und soziale Teilhabe geflüchteter Men-
472 schen kann nur unter Beteiligung aller Akteur*innen gewährleistet werden. Eine
473 Nichtbeachtung besonderer Bedürfnisse führen zu Benachteiligung und Diskriminie-
474 rung und kann lebensbedrohlich sein. Die Mitarbeiter*innen aller Hierarchieebenen
475 werden dementsprechend durch ihre Arbeitgeber*innen in Informations- und Qualifi-
476 zierungsmaßnahmen dafür sensibilisiert und qualifiziert, dass besondere Bedarfe
477 und Zugangsbarrieren, insbesondere von Schwangeren, Menschen mit Behinderun-
478 gen und Menschen mit psychischen Erkrankungen- darunter auch Kinder und Ju-
479 gendliche mit und ohne familiäre Begleitung, alleinerziehend Verantwortliche, le-
480 bensbedrohlich erkrankte und auch ältere, pflegebedürftige Menschen - frühzeitig
481 erkannt werden, entsprechend gehandelt und schnellstmöglich in geeignete Wohn-
482 formen vermittelt wird. Dazu werden in allen AWO-Einrichtungen einrichtungsbezo-
483 gene Verfahrensstandards entwickelt und Netzwerke gebildet, in welche die Ratsu-
484 chenden mit eingebunden werden.

485
486 Auch die digitale Teilhabe ist hier von großer Bedeutung. Strukturelle Benachteili-
487 gungen, Diskriminierungen sowie Zugangsbarrieren von der politischen bis zur insti-
488 tutionellen Ebene gilt es, zu identifizieren und abzubauen. In unserer heutigen digita-
489 len Welt ist eine Teilhabe und Inklusion ohne digitale Zugänge schlicht unmöglich.

Arbeiterwohlfahrt Bundeskonferenz 2021 18.-19. Juni

491 Dies betrifft Erwachsene gleichermaßen wie Kinder. Dementsprechend ist die digitale
492 Infrastruktur in AWO-Flüchtlingsunterkünften so auszubauen, dass allen dort leben-
493 den Geflüchteten ein digitaler Zugang gewährt wird. Dazu gehört der Zugang aller
494 Bewohner*innen von Unterkünften zu WLAN, die Zurverfügungstellung einer ausrei-
495 chenden Anzahl von Computern und von geschützten Räumen, um die Computer zu
496 nutzen sowie die Stärkung digitaler Kompetenz. Wir setzen uns für eine auskömmli-
497 che Refinanzierung dieser Maßnahmen ein.

498
499 Alle Geflüchteten sollen über ein Höchstmaß an Sicherheit verfügen und vor Gewalt
500 geschützt sein - dafür setzt sich die AWO ein. Sicherheit vor Gewalt ist ein Grundbe-
501 dürfnis, welches unbedingt erfüllt sein muss - insbesondere in den Unterkünften der
502 Geflüchteten. Alle Flüchtlingsunterkünfte der AWO müssen über ein von der Einrich-
503 tung erarbeitetes, passgenaues Schutzkonzept verfügen. Dieses ist so konzipiert,
504 dass der Schutz aller Bewohner*innen, auch besonders Schutzbedürftiger, innerhalb
505 der Unterkunft in allen Bereichen durch Prävention, direkte Intervention und Monito-
506 ring gewährleistet ist. Bei der Erstellung des Schutzkonzepts werden die Einrich-
507 tungsbewohner*innen beteiligt. Mitarbeiter*innen aller Hierarchieebenen werden
508 durch ihre Arbeitgeber*innen durch Informations- und Qualifizierungsmaßnahmen für
509 diese Thematik sensibilisiert, qualifiziert und angehalten mitzuwirken.

510
511

Für ein solidarisches, soziales und nachhaltiges Europa

512
513 Die AWO bekennt sich ausdrücklich zur Europäischen Union (EU) und ihren demo-
514 kratischen Werten und Zielen. Sie unterstützt die europäische Integration und be-
515 kämpft entschlossen nationale Ressentiments und Egoismen. Armut und soziale Un-
516 gleichheit sowie die Herausforderungen der Corona-Pandemie, des Klimawandels,
517 der Digitalisierung und des demografischen Wandels erfordern auch europäische
518 Lösungen. In diesem Bewusstsein setzt sich die AWO für die Stärkung einer solidari-
519 schen, sozialen und nachhaltigen EU ein.

520
521 Wir fordern eine konsequente Umsetzung der Europäischen Säule Sozialer Rechte.
522 Es müssen rechtsverbindliche Maßnahmen daraus abgeleitet und ihre Grundsätze in
523 der Politikgestaltung berücksichtigt werden. Wichtige Aspekte sind eine EU-Richtlinie
524 mit Grundsätzen für die soziale Mindestsicherung und verbindliche nationale Min-
525 destlohnregelungen sowie die Bekämpfung von Kinderarmut. Zur Erreichung einer
526 klimaneutralen EU ist neben verbindlichen Maßnahmen auch die Einführung einer
527 Strategie mit konkreten sozialen Zielen notwendig. Die globale UN-
528 Nachhaltigkeitsstrategie und die Säule sollten als wesentliche Bezugspunkte dienen.

529
530 Es braucht einen solidarischen, kontinuierlichen, strukturellen sowie finanziellen
531 Ausgleich zwischen stark und schwach entwickelten Regionen im Rahmen der Euro-
532 päischen Investitions- und Strukturfonds. Die Fonds und Förderprogramme müssen
533 ausreichend finanziert sein, Ansätze zur Inklusion beinhalten und die Zivilgesellschaft
534 bei der Erstellung der Programme berücksichtigen. Der Grundsatz des Partner-
535 schäftsprinzips muss in allen Mitgliedstaaten umgesetzt werden.

536
537 Wir setzen uns für Rahmenbedingungen ein, welche eine europarechtskonforme
538 und wertorientierte Erbringung gemeinnütziger und gemeinwohlorientierter Dienst-
539 leistungen gewährleisten, verbesserte Bedingungen für soziale Innovationen schaf-
540

Arbeiterwohlfahrt Bundeskonferenz 2021 18.-19. Juni

541 fen und Digitalisierungs-bestrebungen unterstützen. Die AWO setzt sich für den
542 Schutz der gemeinwohlorientierten Erbringung sozialer Dienstleistungen im Steuer-
543 system, in der Handelspolitik und im Wettbewerbsrecht ein.

544
545 Wir treten ein für eine bürgernahe und demokratische EU sowie eine intensivere Ein-
546 beziehung der europäischen Zivilgesellschaft. Das umfasst eine Stärkung des Euro-
547 päischen Parlaments, den Ausbau des Zivilen Dialogs sowie eine konsequente Um-
548 setzung des Rechtstaatlichkeitsmechanismus. Die AWO setzt sich auch für ein star-
549 kes und inklusives EU-Bildungsprogramm Erasmus+ ein, das die Teilhabe an Europa
550 und ein Bewusstsein für eine europäische Identität und Kultur fördert.

551
552 Es bedarf einer europäischen Asylpolitik mit einem solidarischen, fairen und gemein-
553 samen europäischen Asylsystem. Diese muss von allen Mitgliedstaaten konsequent,
554 aber im Rahmen ihrer jeweiligen Möglichkeiten umgesetzt werden. Dies muss auch
555 für die Rettung auf hoher See gelten. Die Auslagerung des Asylrechts auf Nachbar-
556 staaten der EU bedeutet die Auslagerung gemeinsamer Verantwortung. Zudem be-
557 darf es einer klaren Positionierung zur Schutzgewährung an Klimaflüchtlinge.

558
559

560 **Kinder, Jugendliche und Familien in ihrer Vielfalt anerkennen und stärken**

561
562 Gemeinsam mit seinem familienpolitischen Fachverband, dem Zukunftsforum Familie
563 e.V. (ZFF), kämpft die Arbeiterwohlfahrt für ein weites, vielfältiges und solidarisches
564 Verständnis von Familie: „Familie ist überall dort, wo Menschen dauerhaft füreinan-
565 der Verantwortung übernehmen, Sorge tragen und Zuwendung schenken.“ Insbe-
566 sondere in den vergangenen Monaten der Corona-Pandemie und damit der weit ge-
567 henden Schließung von Betreuungs- und Bildungseinrichtungen hat sich gezeigt,
568 dass Familien unsere Gesellschaft zusammenhalten und Verantwortung für sich und
569 andere übernehmen. Dabei darf eine Unterstützung und Förderung von Familien
570 nicht bloßes Lippenbekenntnis bleiben. Wir setzen uns für eine dauerhafte und soli-
571 darische Absicherung aller Familien in ihrer Vielfalt ein!

572
573 Kinder und Jugendliche müssen mit ihren eigenen Interessen und Bedarfen ernstge-
574 nommen und an allen sie betreffenden Entscheidungen beteiligt werden! Die Veran-
575 kerung von Kinderrechten im Grundgesetz, die Stärkung der Beteiligung in Schule,
576 Kindertagesbetreuung und in Kinder- und Jugendparlamenten, die Absenkung des
577 Wahlalters auf 16 Jahre und ein Bildungssystem, welches gleiche Chancen bereit
578 hält, sind wichtige Maßnahmen, für die sich die AWO einsetzt.

579
580 Familien müssen als Ort der Demokratie, der Bildung und der Solidarität von Beginn
581 des Familienlebens an gestärkt werden! Wir setzen uns ein für ein Recht auf eine
582 gute Familienförderung nach § 16 SGB VIII, den Ausbau weiterer Familien- und So-
583 zialberatungsangebote, den Einbezug von Familien in die Bildungsinstitutionen sowie
584 die Übergangsgestaltung von der Schule in den Beruf.

585
586 Familien müssen sozial gerecht abgesichert werden, sodass kein Kind in Armut auf-
587 wachsen muss!

588 Wir kämpfen für eine einkommensabhängige Kindergrundsicherung und damit für die
589 Beseitigung von Kinderarmut sowie des ungerechten Dualismus aus Kindergeld und
590 Kinderfreibeträgen im Steuerrecht. Wir fordern darüber hinaus die Streichung aller

Arbeiterwohlfahrt Bundeskonferenz 2021 18.-19. Juni

591 Gebühren und Aufwendungen für Lehrmittel, die einer gerechten Bildungsteilhabe im
592 Wege stehen sowie die Weiterentwicklung zu einer qualitativ hochwertigen Bildungs-
593 und Betreuungsinfrastruktur.

594
595 Geschlechtergerechte Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit ist ein wichtiges Ziel
596 der Familienpolitik!

597 Anreize für eine geschlechterstereotype Arbeitsteilung im Sozial- und Steuerrecht
598 müssen abgebaut werden, insbesondere das Ehegattensplitting und die beitragsfreie
599 Mitversicherung für Ehegatt*innen und Lebenspartner*innen. Darüber hinaus müssen
600 Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt
601 und der Mindestlohn angehoben werden.

602
603 Sorge- und umgangsrechtliche Regelungen dürfen nicht länger an den Interessen
604 der Kinder und Jugendlichen vorbeigehen, indem sie bspw. Fragen des Gewalt-
605 schutzes ausblenden oder eine tatsächliche Aufteilung der Sorgeverantwortung
606 übersehen. Im Sozialrecht muss endlich ein Umgangsmehrbedarf anerkannt werden.
607 Rechtlich muss es zwei Frauen möglich sein, ab Geburt eines Kindes gleichberech-
608 tigt als Mütter anerkannt zu werden.

609
610 Dringend fordern wir die Absicherung von pflegenden Angehörigen, die analog zum
611 Elterngeld- bzw. Elternzeit-Modell, Zeiten der Fürsorge unterstützt. Zu denken ist da-
612 bei auch an eine stärkere Berücksichtigung von (coronabedingten) Pflegezeiten in
613 der Rentenversicherung („Rentenpunkte“). Darüber hinaus brauchen pflegende An-
614 gehörige Unterstützung durch ein gutes und niedrigschwelliges Netzwerk an Bera-
615 tung und Unterstützung vor Ort sowie ambulante- oder Tagespflegestellen, die eine
616 (Teilzeit-) Erwerbstätigkeit nach wie vor zulassen. Da weit überwiegend Frauen ihre
617 Angehörigen pflegen, ist dieses nicht nur Aufgabe der Familien-, sondern auch der
618 Gleichstellungspolitik.

619

620

621 **Geschlechtergerechtigkeit erreichen und Vielfalt leben**

622

623 Die Arbeiterwohlfahrt setzt sich für umfassende Geschlechtergerechtigkeit und die
624 Stärkung von Vielfalt ein. Soziale Merkmale wie geschlechtliche und sexuelle Identi-
625 tät, soziale und ethnische Herkunft, Hautfarbe, Religion, Alter und Behinderung dür-
626 fen nicht zu Diskriminierung von Menschen führen. Die AWO erklärt sich dafür ver-
627 antwortlich, diese Vision nicht nur gesellschaftlich zu fordern, sondern auf allen Ver-
628 bandsebenen zu verwirklichen. Es gilt an die frauen* - und gleichstellungspolitischen
629 Anstrengungen und Erfolge der vergangenen Jahre anzuknüpfen. Dies ist umso
630 wichtiger vor dem gesamtgesellschaftlichen Hintergrund des Wiedererstarkens reak-
631 tionärer und antifeministischer Kräfte. Auch die aktuelle „Corona-Krise“ wirft Schlag-
632 lichter auf den massiven gleichstellungspolitischen Handlungsbedarf in unserer Ge-
633 sellschaft. Zahlreiche Studien belegen deutlich, dass Frauen* zu den Verlierer*innen
634 der Krise gehören. Der Verband muss mit seinem historisch begründeten frauen*-
635 und gleichstellungspolitischen Verständnis klar Position beziehen und sich für ge-
636 schlechtergerechte Politik einsetzen.

637

638 Die AWO fordert die Reform rechtlicher Vorgaben, die tradierte Geschlechterrollen
639 fördern und fortschreiben. Sie will eine Veränderung des kapitalistischen Wirt-
640 schäftsmodells und der neoliberalen Strukturen, die systematisch zur Geschlechter-

Arbeiterwohlfahrt Bundeskonferenz 2021 18.-19. Juni

641 ungleichheit beitragen. Geschlechtsspezifische Lohnunterschiede müssen bei glei-
642 cher Qualifikation abgebaut und SAHGE -Berufe sowie Care-Arbeit aufgewertet wer-
643 den. Daher setzt sich die AWO für die Einführung eines Verbandsklagerechts im
644 Entgelttransparenzgesetz ein. Darüber hinaus fordert sie die sozialversicherungs-
645 pflichtige Absicherung aller Arbeitsverhältnisse, die Anhebung des gesetzlichen Min-
646 destlohns und einen Branchentarifvertrag Soziales. Sie verpflichtet sich zu deren
647 Anwendung in ihren Einrichtungen und Diensten und engagiert sich für die Gewin-
648 nung von Frauen in Führungspositionen der Einrichtungen, Dienste und Gesellschaf-
649 ten sowie für die Führungspositionen des Verbandes. Die AWO tritt für die Gleich-
650 stellung aller Geschlechter ein, solidarisiert sich mit Selbstvertretungsorganisationen
651 aus dem Bereich LSBTIQ* und sieht es als ihre Aufgabe, die Vielfalt der Geschlech-
652 ter in allen Lebens- und Arbeitsbereichen abzubilden und zu ermöglichen.

653
654 Die AWO setzt sich für eine bundesgesetzliche Regelung zur auskömmlichen Finan-
655 zierung des Hilfesystems gegen Gewalt an Frauen ein und fordert einen bundeswei-
656 ten Rechtsanspruch auf Schutz, Hilfe und Beratung für von Gewalt betroffene Frauen
657 und deren Kindern. Die AWO befürwortet außerdem das Recht auf Abtreibung und
658 das Recht auf uneingeschränkte und freie Aufklärung und Information dazu. Sie for-
659 dert daher die ersatzlose Streichung von §219a StGB und die Rücknahme der
660 Rechtswidrigkeit des Schwangerschaftsabbruchs.

661
662

663 **Umweltpolitik ist Sozialpolitik - Mit Klimaschutz für eine sozial-ökologische** 664 **Transformation**

665
666 Die Arbeiterwohlfahrt bekräftigt ihren Bundeskonferenzbeschluss zum Klimaschutz
667 aus dem Jahr 2016 und ihr damit verbundenes Bekenntnis zu dem Ziel, die durch-
668 schnittliche Erderwärmung gemäß des Pariser Klimaschutzabkommens auf deutlich
669 unter 2°C, möglichst auf 1,5°C, zu begrenzen. Sie bekennt sich darüber hinaus aus-
670 drücklich zu den Zielen für Nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen
671 (Sustainable Development Goals). Die bereits jetzt sichtbaren Folgen der Übernut-
672 zung unseres Planeten sowie der Klimakrise mit ihren dramatischen ökologischen
673 wie auch sozialen Auswirkungen unterstreichen die Notwendigkeit einer ambitionier-
674 ten inklusiven Klimaschutzpolitik. Dabei muss konstatiert werden, dass die bislang
675 getroffenen bzw. eingeleiteten Maßnahmen nicht ausreichen. Die kommenden Jahre
676 sind entscheidend für die Frage, ob Deutschland seine Ziele und Verpflichtungen
677 gegenüber der Staatengemeinschaft sowie gegenüber künftigen Generationen ein-
678 halten kann. Vor diesem Hintergrund fordert die Arbeiterwohlfahrt die aktuelle wie
679 auch die künftige Bundesregierung dazu auf, diese Dringlichkeit anzuerkennen und
680 die notwendigen Maßnahmen einzuleiten. Umwelt- und Sozialpolitik müssen dabei
681 Hand in Hand gehen: Es braucht eine konsequente und solidarische Klimapolitik,
682 welche nicht nur soziale Härten abfedert, sondern auch die Chancen einer sozial-
683 ökologischen Transformation hin zu einer gerechteren Gesellschaft nutzt.

684
685 Die Klima- und Nachhaltigkeitsziele zu erreichen, erfordert Anstrengungen von allen
686 Akteur*innen der Gesellschaft, auch von der AWO. Als Trägerin von 18.000 Einrich-
687 tungen und Diensten sowie Arbeitgeberin von über 230.000 Menschen sind sich die
688 Handelnden in der Arbeiterwohlfahrt dieser eigenen, umfassenden Verantwortung
689 bewusst. Um dieser Verantwortung und ihrem Bekenntnis zum Pariser Klimaschutz-
690 abkommen gerecht zu werden, setzt sich die AWO das Ziel, für alle ihre Einrichtun-

Arbeiterwohlfahrt Bundeskonferenz 2021 18.-19. Juni

691 gen und Dienste noch vor dem Jahr 2040 eine Klimaneutralität zu erreichen. Dieses
692 ambitionierte Vorgehen muss unmittelbar angegangen werden. Hierfür wird die AWO
693 im Nachgang zu dieser Bundeskonferenz einen verbindlichen Ziel- und Maßnahmen-
694 katalog verabschieden, welcher eine schrittweise und wirksame Reduktion der CO2-
695 Emissionen ihrer Einrichtungen und Dienste in den kommenden Jahren sicherstellt.
696 Dabei müssen die ausreichende Wirksamkeit für Klimaschutz- und Nachhaltigkeits-
697 ziele, wie auch die praktische Umsetzbarkeit für die Einrichtungen und Diensten
698 gleichermaßen berücksichtigt werden.
699

700 Das Präsidium des Bundesverbandes wird zeitnah einen entsprechenden Vorschlag
701 in den Bundesausschuss einbringen, damit dieser darüber beraten und entscheiden
702 kann. Um auf sich verändernde politische Rahmenbedingungen reagieren zu kön-
703 nen, werden Präsidium und Vorstand dem Bundesausschuss zudem in regelmäßi-
704 gen Abständen berichten und Beschlussempfehlungen für Anpassungen bzw. Erg-
705 gänzungen der Maßnahmen vorlegen. Der AWO Bundesverband wird zur nächsten
706 Bundeskonferenz einen ausführlichen Bericht über den Umsetzungsstand des Kli-
707 maschutzes in der Arbeiterwohlfahrt vorlegen, anhand dessen über die weitere Kli-
708 maschutz- und Nachhaltigkeitsstrategie der AWO entschieden wird. Der AWO Bun-
709 desverband wird zudem seine Bemühungen für eine Refinanzierung von Klima-
710 schutz- und Nachhaltigkeitsaktivitäten sowie Maßnahmen zur Klimaanpassung in der
711 Sozialen Arbeit fortsetzen und intensivieren. Die Gliederungen sind aufgerufen, den
712 AWO Bundesverband für die gemeinsame Arbeit auf diesem Gebiet dabei u.a. mit
713 Informationen und Daten zu unterstützen.
714

715 716 **Nachwort**

717
718 Diese zwölf Kapitel spiegeln nicht nur die vielfältige Arbeit der Arbeiterwohlfahrt in
719 Deutschland wider, sondern zeigen auch, wie vielfältig die Herausforderungen und
720 Chancen der gesamten Gesellschaft sind. Bei der Bundestagswahl im Herbst werden
721 die Wähler*innen entscheiden, in was für einem Land sie leben wollen. Für die AWO
722 ist klar: Wir wollen eine Zukunft, die geprägt ist von Freiheit, Gleichheit, Gerechtig-
723 keit, Solidarität und Toleranz. Hier gilt es, klar Farbe zu bekennen – Im Wahlkampf
724 und darüber hinaus. Von einer neuen Regierung fordern wir bereits heute, sich den
725 drängenden Aufgaben zu stellen: Armut bekämpfen, Bildungsgerechtigkeit herstel-
726 len, Digitalisierung sozialgerecht gestalten und dem Klimawandel sozial begegnen.
727 Auch in Zukunft ist die AWO bereit, Verantwortung zu übernehmen. Dafür bedarf es
728 guter Rahmenbedingungen, für die wir uns weiter einsetzen. Die Corona-Krise zeigt
729 uns, wie wichtig Solidarität für eine Gesellschaft ist – und genau das lebt die AWO
730 mit ihren fast 240.000 Beschäftigten und getragen von mehr als 300.000 Mitgliedern.

Arbeiterwohlfahrt Bundeskonferenz 2021
18.-19. Juni

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme

Beschluss:

- Nichtbefassung
- Annahme
- Überweisung an das Präsidium
- Ablehnung